

Pressegespräch zum Thema:

**Oberösterreich auf dem Prüfstand:
*5 Jahre der aktuellen Landtagsperiode
haben Spuren hinterlassen.***

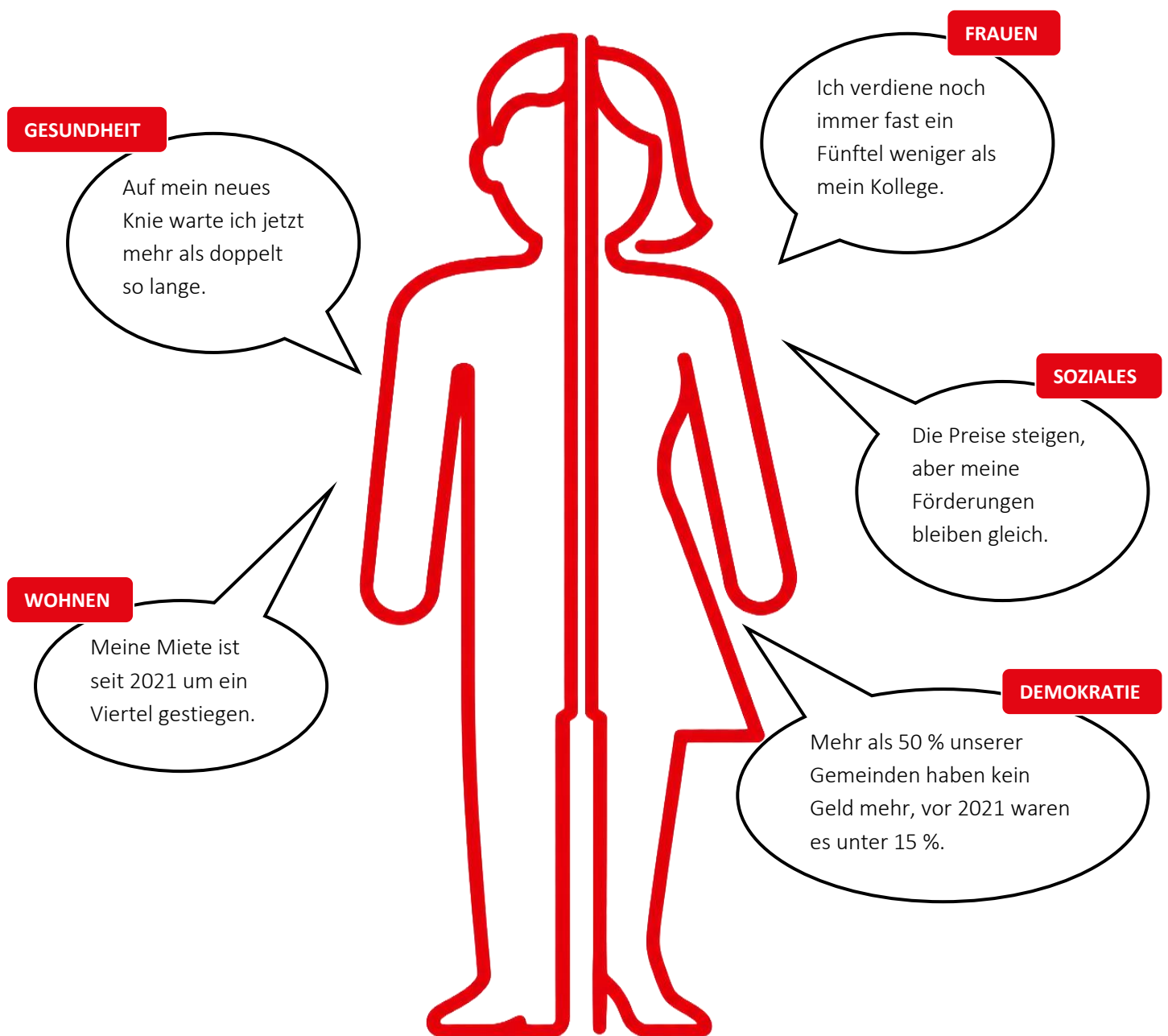
Ihre Gesprächspartner:innen sind:

- SPÖ-Klubvorsitzende LAbg. Sabine Engleitner-Neu, M.A. M.A.
- Dritter Landtagspräsident LAbg. Peter Binder

Mittwoch, 21. Oktober 2026 um 10:30 Uhr
Oö. Presseclub, Saal B, Landstraße 31, 4020 Linz

Vor fünf Jahren haben ÖVP und FPÖ im Regierungsprogramm 2021–2027 viel versprochen. Wir haben nachgeschaut, was davon bei den Menschen angekommen ist: bei Frauen, Sozialem, Gesundheit, Wohnen und Demokratie. Herr und Frau Oberösterreicher:in sagen es selbst.

Das ist Herr und Frau Oberösterreicher:in:



Sabine Engleitner-Neu: „Am 23. Oktober 2021 ist dieser Landtag das erste Mal zusammengetreten. Seitdem sind 5 Jahre vergangen. 5 Jahre, die Spuren hinterlassen haben, bei allen Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern. Wenn man genau hinsieht, dann erkennt man die beabsichtigten Wirkungen der Regierungskoalition von Schwarz-Blau. Beim Sozialen wird gekürzt und eingespart. Frauen sind trotz aller Kinderland-Propaganda schwer benachteiligt gegenüber anderen Bundesländern. Stelzer und Haimbuchner machen Oberösterreich zu einem Land, das nach außen Härte ausstrahlt und nach innen Frauen benachteiligt.“

Frauen „Ich brauche eine Kinderbetreuung bis 17 Uhr, damit ich Vollzeit arbeiten kann.“

Das haben ÖVP und FPÖ versprochen:

- Die Frauenbeschäftigungsquote soll erhöht werden. (S. 33)
- Dafür soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser werden, vor allem durch mehr Kinderbetreuungseinrichtungen.
- Frauen sollen als Multiplikatorinnen der Integration gezielt gefördert werden. (S. 33)

Wo steht Oberösterreich tatsächlich?

Nach fünf Jahren ist Oberösterreich bei der Kinderbetreuung weiterhin Schlusslicht. Nur 6,7 Prozent der Unter-Dreijährigen und 38,9 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen besuchen eine vollzeittaugliche Einrichtung. Die Folge ist eine Frauen-Teilzeitquote von fast 56 Prozent, österreichweit der zweithöchste Wert nach Vorarlberg. Auch beim Einkommen liegen wir weit hinten. Frauen verdienen in Oberösterreich um 19,1 Prozent weniger als Männer (Österreich: 15,5 Prozent, Wien: 10,6 Prozent). Oberösterreich lag 2021 beim Gender Pay Gap am vorletzten Platz im Bundesländervergleich und liegt auch heute noch am vorletzten Platz. Zuletzt stieg außerdem die Langzeitarbeitslosigkeit bei Frauen ab 60 um mehr als ein Drittel.

Dazu setzt das Land falsche Anreize. Der Oö. Kinderbetreuungsbonus (960 Euro pro Kind und Jahr) wird dafür bezahlt, damit der beitragsfreie Kindergarten nicht genutzt wird. Und die 2018 eingeführten Nachmittagsgebühren machen es für viele Mütter unrentabel, am Nachmittag zu arbeiten. Damit arbeitet Schwarz-Blau gegen ihr eigenes Koalitionsprogramm und macht es Müttern schwer.

Einkommensunterschied Frauen – Männer (in Prozent)



Das braucht es: Kostenlose Kinderbetreuung auch am Nachmittag, Ausbau der Kinderbetreuung und die Abschaffung des Kinderbetreuungsbonus. Oberösterreich muss sich bei diesen schlechten Werten extra um die Schließung der Lohnschere kümmern!

Soziales „Ich möchte mich in die Gesellschaft integrieren können.“

Das haben ÖVP und FPÖ versprochen:

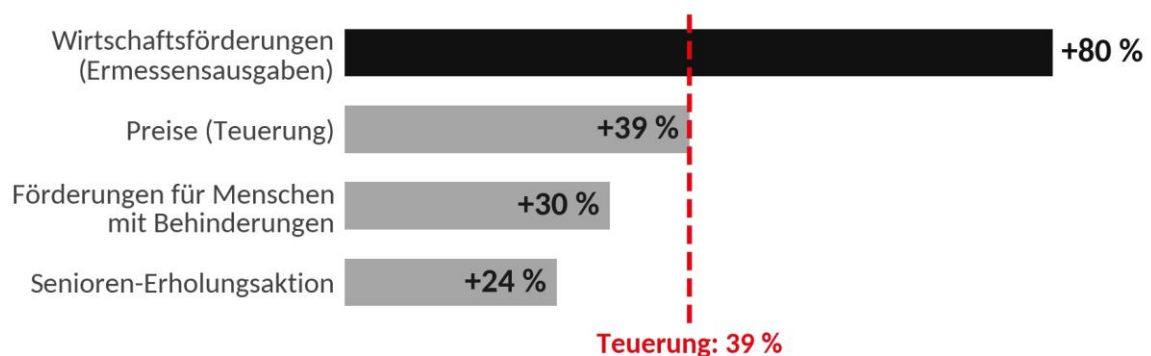
- „Oberösterreich ist ein Land der sozialen Wärme.“ Wer in sozialer Not ist, soll „gesamtgesellschaftlich Unterstützung erfahren“ (S. 17)
- Pflegende Angehörige sollen mehr Entlastung bekommen (Kurzzeitpflege). (S.17)

Wo steht Oberösterreich tatsächlich?

Die Preise sind seit 2015 um fast 39 Prozent gestiegen, viele Landesförderungen sind aber nicht mitgewachsen. Der Urlaubsbonus für pflegende Angehörige und die Schulveranstaltungshilfe wurden zuletzt nicht angepasst. Die Förderungen für Menschen mit Behinderungen stiegen von 2015 bis 2025 nur um 30 Prozent, die Senioren-Erholungsaktion um knapp 24 Prozent. Der Fahrtkostenzuschuss für Rollstuhlfahrer:innen wurde 2026 von 697 auf 344 Euro halbiert, und über 1.000 Menschen mit Behinderungen warten auf einen Wohnplatz. Laut Prognosen des Landes wird der Anteil der über 85-jährigen bis 2040 in Oberösterreich um fast 70 Prozent ansteigen. Zusätzliche Alten- und Pflegeheime soll es nicht geben, stattdessen setzten sich VP/FP im Jahr 2021 das Ziel, Entlastungsangebote für pflegende Angehörige auszubauen, insbesondere bei der Kurzzeitpflege. Doch auch hier wurde der Zuschuss zur Kurzzeitpflege in stationären Einrichtungen schleichend gekürzt durch zu späte und unzureichende Inflationsanpassung.

Gleichzeitig sank die Zahl der Sozialhilfe-Bezieher:innen von 7.562 (2021) auf 5.722 (2024), obwohl Sozialeinrichtungen von immer mehr Kund:innen berichten. Oberösterreich hat bundesweit die wenigsten Sozialhilfeempfänger:innen und zahlt diesen wenigen auch noch bei weitem weniger aus (749€ im Vergleich zum Bundesschnitt: 952€). Ein Drittel der Bezieher:innen sind Kinder unter 16 Jahren. Insbesondere das letzte Jahr war von Kürzungen im Sozialbereich vor allem bei Projekten für Jugend, Frauen und Integration belastet. Anstatt erfolgreiche Integrationsarbeit zumindest mit Inflationsausgleich der Förderung zu würdigen, kürzte „Soziallandesrat“ Dörfel erfolgreichen Projekten (Mama lernt Deutsch, Wohnen im Dialog, etc.) anerkannter Organisationen mindestens 2,44 Millionen Euro an Fördergeld. Bei den Wirtschaftsförderungen stiegen die Ermessensausgaben des Landes seit 2015 dagegen um 80 Prozent, fast doppelt so stark wie die Preise.

Entwicklung seit 2015 (in Prozent)



Das braucht es: Wertsicherungsmechanismus für Sozial- und Familienleistungen – Das Mindeste muss sein, bei den Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige (z.B. Urlaubsbonus & Zuschuss Kurzzeitpflege) keine schleichenden Kürzungen vorzunehmen, sondern die Leistungen jährlich mindestens an die Inflation anzupassen.

Peter Binder: „Wenn es so etwas wie Grundbedürfnisse der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher gibt, dann zählt leistbares Leben jedenfalls dazu – möglichst bei guter Gesundheit. Genau dabei hat sich die Situation unter der aktuellen Regierungskoalition deutlich verschlechtert: Die Zahl der wohnungssuchenden Haushalte ist laut Daten des Landes von 50.000 im Jahr 2021 auf mehr als 55.000 im Jahr 2025 gestiegen – wenn man auch nur von 2 Personen pro Haushalt ausgeht, sind das 110.000 Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die aktuell als wohnungssuchend gemeldet sind. Und die Gesundheitssituation ist seit der schwarzblauen Zerschlagung der OÖGKK massiv unter Druck. Oberösterreich hat die wenigsten Kassenärzte aller Bundesländer – viele Menschen werden von gar keinem Kassenarzt mehr genommen.“

Gesundheit „Ich brauche eine:n neuen Hausarzt:in“

Das haben ÖVP und FPÖ versprochen:

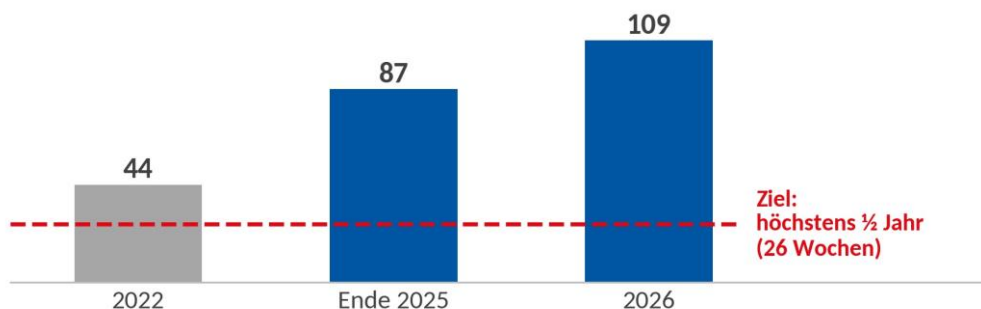
- „Die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden hausärztlichen Versorgung“ (S. 13):
- unbesetzte Kassenstellen nachbesetzen, mehr junge Ärzt:innen ausbilden. (S. 13)
- Die Spitäler sollen Investitionen und laufende Qualitätskontrollen bekommen. (S.13)
- Die Patient:innenlenkung soll optimiert werden. (S. 14)
- Die Impfbereitschaft soll steigen. (S.13)

Wo steht Oberösterreich tatsächlich?

Laut einer Analyse im Auftrag der AK OÖ (2026) liegt Oberösterreich bei den niedergelassenen Kassenärzt:innen bundesweit an letzter Stelle. Das treibt Menschen in teure Ambulanzen und verlängert die Wartelisten. Ein Drittel der Befragten zahlt pro Jahr etwa ein Monatsgehalt privat dazu. Die Wartezeiten auf Knie- und Hüftoperationen haben sich in vier Jahren verdoppelt: Auf ein neues Knie warteten Patient:innen 2022 maximal 44 Wochen, Ende 2025 waren es 87. Das neue Wartezeitenmonitoring des Landes prognostiziert sogar bis zu 109 Wochen.

Im Kepler Universitätsklinikum mussten wegen Personalengpässen monatlich 150 Operationen gestrichen werden, eine Sonderprüfung des Landesrechnungshofs läuft aufgrund grober Probleme in den Spitälern. Der Vorschlag für Erstversorgungsambulanzen nach Wiener Vorbild wurde in den Unterausschuss geschoben, der Eltern-Kind-Zuschuss für Impfungen und Untersuchungen von 405 auf 160 Euro gekürzt.

Maximale Wartezeit auf ein neues Knie (in Wochen)



Das braucht es: Mehr Kassenärzt:innen (mindestens Österreich-Schnitt), höchstens ein halbes Jahr Wartezeit auf planbare Operationen und Erstversorgungsambulanzen.

Wohnen „Ich brauche eine leistbare Wohnung für meine Familie.“

Das haben ÖVP und FPÖ versprochen:

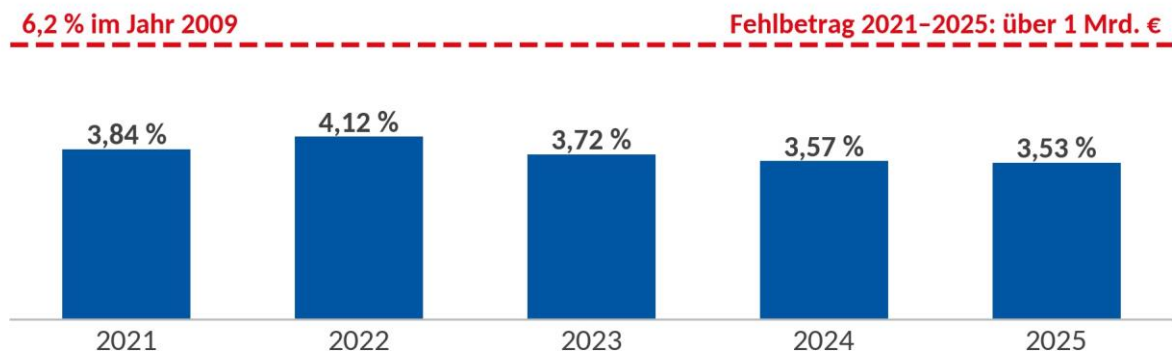
- Leistbares Wohnen: Steigende Wohnkosten sollen eingedämmt, „Kostentreiber verhindert“ werden. (S.40)
- Die Einführung einer Photovoltaikpflicht für Neubauten soll geprüft werden. (S.40)

Wo steht Oberösterreich tatsächlich?

Die durchschnittlichen Mieten inklusive Betriebskosten sind seit 2021 von 7,40 auf 9,20 Euro pro Quadratmeter gestiegen. Im gemeinnützigen Neubau sind in zentralen Lagen mit den längsten Wartelisten Mieten unter 10 Euro kaum mehr zu schaffen. Gleichzeitig wird die Wohnbauförderung entwertet: 2009 machte das Wohnbaubudget noch 6,2 Prozent des Landesbudgets aus, 2025 nur mehr rund 3,5 Prozent. Hätte das Land bei 6,2 Prozent festgehalten, wären allein von 2021 bis 2025 über eine Milliarde Euro mehr in leistbares Wohnen und die Bauwirtschaft geflossen.

Auch die Wohnbeihilfe verliert an Wert. Die Mittel sind seit 2010 um rund 28 Millionen Euro gesunken, während die Inflation 53,5 Prozent erreichte. Studierende bekommen sie kaum noch. Vor zehn Jahren bezogen über tausend Studierende Wohnbeihilfe, heute sind es nur noch wenige hundert. Die versprochene Photovoltaikpflicht lässt weiter auf sich warten, das Land ist im Verzug bei der Umsetzung der EU-Richtlinie. Eine Initiative der Stadt Linz dazu wurde vom Land sogar verhindert.

Anteil des Wohnbaubudgets am Landesbudget (in Prozent)



Das braucht es: Wohnbaubudget und Wohnbeihilfe an Inflation und Baukosten koppeln, 150 Millionen aus der Wohnbaumilliarde des Bundes holen und eine Leerstandsabgabe einführen.

Demokratie „Ich wünsche mir faire Politik, in der gleiche Regeln für alle gelten – unabhängig davon, wo man wohnt und wen man kennt.

Das haben ÖVP und FPÖ versprochen:

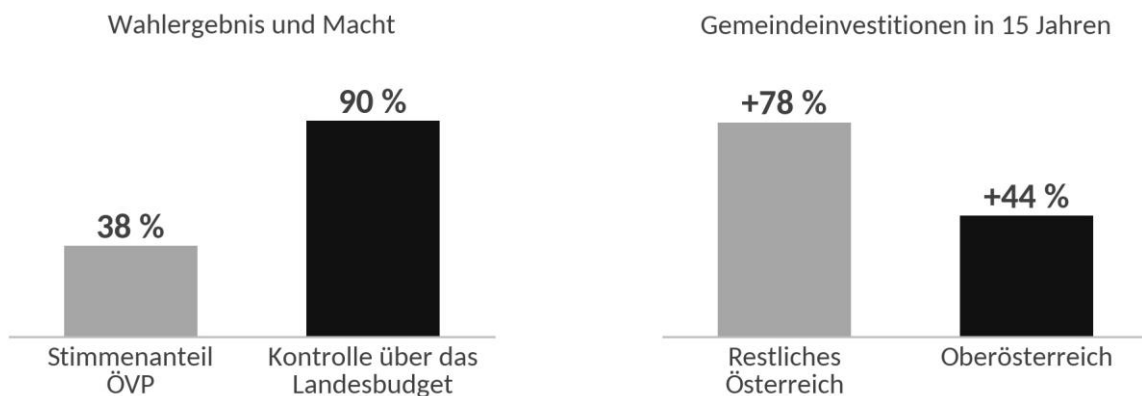
- Das Land tritt für einen aufgabenorientierten Finanzausgleich ein, die innerösterreichischen Zahlungsströme „wollen wir einem Diskussionsprozess unterziehen“. (S. 6)
- Landesgesetze werden durchforstet, „um unnötige Bürokratie zu vermeiden“. (S. 6)

Wo steht Oberösterreich tatsächlich?

Mit rund 38 Prozent der Stimmen kontrolliert die ÖVP 90 Prozent des Landesbudgets. Eine Untersuchungskommission ist in Oberösterreich ein Mehrheitsrecht, in allen anderen Bundesländern hingegen gelten demokratischere Regeln. Statt eines Diskussionsprozesses über die Geldflüsse gibt es jährliche Einmalpakete für die Gemeinden bis zur nächsten Landtagswahl. Dabei belastet kein Bundesland seine Gemeinden so stark wie Oberösterreich. Auf das Niveau der anderen Länder gesenkt, hätten sie jährlich über 200 Millionen Euro mehr. Heuer droht mehr als der Hälfte der Gemeinden der Härteausgleich.

Auch beim Bürokratieabbau bleibt die Bilanz mager. Im Widerspruch dazu hat die 2025 eingeführte generelle Genehmigungspflicht für Bebauungspläne die Bauverfahren im Schnitt um 2½ Monate verlängert. Bei Staatsbürgerschaftsverleihungen im Ressort von LH-Stv. Haimbuchner kam es zu einer nie dagewesenen Flut an Missstandsfeststellungen. Die Causa beschäftigt inzwischen die Gerichte.

Kontrolle und Gemeindefinanzen



Das braucht es: Transfergipfel und Reduktion der Landesumlagen auf den Bundesländerschnitt, damit die Gemeinden entlastet werden, ein unabhängiger Budgetdienst und stärkere Kontrollrechte sowie die Abschaffung des Proporz

Im Regierungsprogramm wurde versprochen, dass der Frau/dem Mann in Oberösterreich die Anliegen erfüllt werden können – Schwarz-Blau ist es aber schuldig geblieben!

Das braucht es jetzt unbedingt noch:

1

Leistbar leben

- Mehr Wohnbau durch höheres Wohnbaubudget 2027
- Günstigere gemeinnützige Mieten durch höhere Landesfinanzierung
- Wohnbeihilfe reparieren, um Jungfamilien bei Startwohnungen zu helfen

2

Gut versorgt

- Kassenärzt:innen zumindest auf den Bundesschnitt bringen
- Ausbildungsplätze für Ärzt:innen im Land im vollen Ausmaß nutzen
- Breite Spitalskooperationen (UKH, etc.) für kürzere OP-Wartezeiten

3

Fair und mit Kontrolle

- Untersuchungskommission im Landtag als Minderheitenrecht wie überall sonst
- Budgetdienst für Landtag, um effizienten Steuermiteileinsatz zu gewährleisten
- Mehr Selbständigkeit für Gemeinden durch Entflechtung der Landestransfers